Schweiz und Rüstungsindustrie : Profite aus der weltweiten Militarisierung

Autor(en): **Cassee, Andreas / Cassee, Tom**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **27 (2007)**

Heft 53

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652201

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Andreas Cassee / Tom Cassee

Schweiz und Rüstungsindustrie

Profite aus der weltweiten Militarisierung

Die nach dem Kalten Krieg verbreitete Hoffnung, mit dem Ende der bipolaren Weltordnung werde das Wettrüsten abnehmen und die Militärausgaben könnten schrittweise zivilen Verwendungen zugeführt werden, wurde enttäuscht. Zwar sanken die weltweiten Ausgaben für Rüstung und Militär nach Schätzungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI von 1988 bis 1996 um rund 30 Prozent. Doch die Friedensdividende währte nicht lange. Seit 1998 steigen die Aufwendungen für militärische Zwecke wieder, wobei die grössten Zuwachsraten auf die beiden Jahre vor und zu Beginn des Irak-Krieges entfallen. 2006 lagen die weltweiten Militärausgaben mit 1'204 Milliarden US-Dollar inflationsbereinigt nur noch 3 Prozent unter der Marke von 1988. Das entspricht rund 2,6 Prozent des globalen Wirtschaftsprodukts.

Und die quantitative Re-Militarisierung ist längst nicht der einzige Grund zur Besorgnis: Die Vereinten Nationen werden zunehmend marginalisiert und fügen sich in die Rolle, völkerrechtswidrige Kriege nachträglich zu mandatieren. Die Zahl der Atommächte ist gestiegen, und mit der Produktion von „tactical nukes" ist der Einsatz atomarer Waffen wieder wahrscheinlicher geworden. Abrüstungsverträge sind ebenso unter Beschuss geraten wie das Folterverbot, die NATO hat ihre Entwicklung vom Defensiv- zum Offensiv-Bündnis fortgesetzt. Und obwohl gerade die Rüstungsindustrie gerne auf die gestiegene Präzision ihrer „intelligenten" Bomben hinweist, ist das Verhältnis von zivilen zu militärischen Opfern in bewaffneten Konflikten stetig angestiegen: Waren im Ersten Weltkrieg rund 10 Prozent der Todesopfer ZivilistInnen, so sind es bei den aktuellen Kriegen gegen 90 Prozent (Kaldor 1999). Rund die Hälfte der Kriegsopfer sind unter 18 Jahre alt (UNICEF 1999).

Rüstungs- und Militärausgaben weltweit und in der Schweiz

Die weltweiten Militärausgaben sind sehr ungleich verteilt: Allein auf die USA entfallen 46 Prozent dieser Ausgaben, sie wenden rund 4 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für militärische Zwecke auf. Auch die Zunahme der Rüstungsausgaben in den letzten Jahren geht weitgehend auf das Konto der USA: Seit Beginn des „Kriegs gegen Terror" im Jahr 2001 stieg das Budget des Department of Defense um satte 53 Prozent. Für die Militäroperationen im Irak haben die USA von Kriegsbeginn 2003 bis 2006 254 Milliarden US-Dollar ausgegeben (SIPRI 2006). Nach den USA folgen mit grossem Abstand Grossbritannien, Frankreich, Japan und China, die je 4 bis 5 Prozent der weltweiten Militärausgaben tätigen. Bereinigt man

die Militärausgaben um den Faktor Kaufkraft – was für den Vergleich des Ressourceneinsatzes verschiedener Länder sinnvoll erscheint –, sieht das Bild etwas anders aus: Die USA liegen zwar immer noch mit Abstand an der Spitze, danach folgen aber direkt China, Indien und Russland (vgl. auch Bockleitert/Roithner 2007).

Die EU-Staaten geben zusammen knapp halb so viel für ihre Armeen aus wie die Vereinigten Staaten – zu wenig, meint der ehemalige NATO-Generalsekretär und jetzige Präsident der europäischen Verteidigungsagentur EDA Javier Solana: „Der Bedarf, die militärischen Kapazitäten Europas auszubauen, um sie mit unseren Bestrebungen in Einklang zu bringen, ist dringender denn je. Das gilt auch für den Bedarf, besser auf die Herausforderungen zu reagieren, mit denen unsere Rüstungsindustrien konfrontiert sind", schreibt er auf der Homepage der EDA. Und er scheint dabei eine Mehrheit der Regierungschefs hinter sich zu wissen: Im EU-Budget 2007 wurde neu ein Ressort für „Sicherheits- und Rüstungsforschung" eingerichtet. Und der Aufrüstungsartikel der abgelehnten EU-Verfassung hat unverändert Eingang in die Entwürfe zum Reformvertrag gefunden: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern", heisst es dort – ein Novum in der Geschichte der internationalen Verträge. Auch die Bundesrepublik Deutschland, die hinsichtlich ihres Verteidigungsbudgets in absoluten Zahlen auf Rang 6 der grössten Militärmächte steht, rechnet bereits fest mit einer Ausgabensteigerung im Rahmen der zunehmenden Auslandeinsätze der Bundeswehr. „Ein Anteil von nur 1,4 Prozent [der Militärausgaben am Bruttoinlandprodukt] auf mittlere und lange Sicht wird nicht ausreichen, um die politische Dimension der Verantwortung Deutschlands mit den militärischen Notwendigkeiten zusammenzubringen", hielt die Bundeskanzlerin Angela Merkel im September 2006 gegenüber dem Bundeswehrverband fest.

Die Schweiz hat ihre Militärausgaben in den letzten Jahren merklich zurückgefahren. Von 1990 bis 2006 weist die SIPRI-Statistik inflationsbereinigt einen Rückgang um 42 Prozent aus. Dieser Rückgang ist ein Stück weit auf die hohe Ausgangszahl der Militärausgaben anfangs der 90er Jahre zurückzuführen, doch ebenso auf die Verkleinerung der Armee, die auch als Erfolg der militärkritischen Kräfte zu werten ist: Die GSoA-Initiativen zur Abschaffung der Armee sowie die Halbierungs-Initiative der SPS haben zu einem militärkritischen Diskurs und öffentlichem Druck geführt, welche die Begehrlichkeiten der Militärs im Zaum gehalten haben. Setzt sich der Bundesrat allerdings mit seinem Vorhaben durch, im nächsten Jahrzehnt über 30 neue Kampfflugzeuge anzuschaffen, dann wird sich dieser Trend umkehren. Die SIPRI-Statistik unterschätzt die finanziellen Kosten der Schweizer Armee übrigens ohnehin massiv. Eine Studie des Schweizerischen Verteidigungsdepartements wies die Vollkosten der Armee für das Jahr 1998 mit gut 9 Milliarden Franken rund doppelt so

hoch aus wie die entsprechenden SIPRI-Zahlen. Geht man davon aus, dass dieser Faktor konstant geblieben ist, ergeben sich für das Jahr 2006 Gesamtkosten in Höhe von über 8 Milliarden Franken – mehr als 1'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung.

Das US-Militär als globale Öl-Schutzmacht

Die Feindbilder und Bedrohungsszenarien, die der Legitimation der Verteidigungsbudgets zugrundeliegen, haben sich gewandelt: Wurde im Kalten Krieg im Westen die kommunistische Gefahr beschworen, so ist es seit dem 11. September 2001 aus Sicht der USA und ihrer „kriegswilligen" Verbündeten der „islamistische Terrorismus", der mit „präventiven Erstschlägen" zu bekämpfen ist, während in Europa oft humanitäre Motive für die Beteiligung an diesem Krieg geltend gemacht werden. Dass in Wirklichkeit vorwiegend wirtschaftliche Interessen den Ausschlag für militärische Interventionen geben, zeigt der im März 2003 begonnene Irak-Krieg erneut. So schreibt der ehemalige Vorsitzende der amerikanischen Zentralbank Alan Greenspan in seinem neuen Buch: „Es ist bedauerlich, dass es politisch nicht opportun ist zuzugeben, was alle wissen: Beim Irak-Krieg geht es vor allem um Öl." (The Age of Turbulence, 2007)

Bereits im April 2001, drei Monate nach Amtsantritt der Bush-Administration, wurde in der «Energy Task Force» eine Studie diskutiert, welche ein militärisches Eingreifen im Irak forderte (Klare 2004). Vom Irak gehe ein destabilisierender Einfluss auf den Ölhandel aus, der ein inakzeptables Risiko für die USA darstelle. Bei der späteren Entscheidung zum Krieg dürften alte Loyalitäten eine Rolle gespielt haben: Sowohl Bush als auch sein Vize Dick Cheney stammen aus der Erdöl-Branche, Cheneys Ehefrau war Aufsichtsrätin bei Lockheed Martin, einem der grössten Rüstungskonzerne der Welt (Hennes 2003).

Über vier Jahre nach Kriegsbeginn liegt die Erdölförderung immer noch weit unter dem Vorkriegsniveau. Auch in dieser Hinsicht ist der Irak-Krieg als Misserfolg zu werten. Trotzdem bleibt die vollständige Kontrolle der irakischen Ölvorkommen weiterhin Ziel der Besatzungstruppen. Im Februar 2007 wurde der Entwurf eines neuen irakischen Öl-Gesetzes bekannt, mit dem das Erdöl der irakischen Kontrolle entzogen werden könnte.

Dass sich im Geflecht von politischer und privatwirtschaftlicher Macht nicht nur mit Rüstungsgütern und Öl lukrative Geschäfte machen lassen, zeigt die Mission des ehemaligen US-Aussenministers James A. Baker. Dieser wurde von Bush als US-Sondergesandter für den Irak eingesetzt und damit beauftragt, international Druck für einen Erlass der irakischen Staatsschulden auszuüben. Gleichzeitig stand Baker auf der Gehaltsliste der Carlyle Group und hielt Anteile der Firma im Wert von ca. 180 Millionen Dollar. Als Carlyle-Berater war Baker an einem Deal mit Kuwait beteiligt, der die kuwaitischen Ansprüche gegenüber dem Irak – Repara-

tionszahlungen aus dem ersten Golfkrieg – an ein privates Konsortium unter Beteiligung von Carlyle übertrug. Kaum hatte Baker das Mandat als US-Sondergesandter übernommen, erklärte er, dass es ihm nur um den Erlass von «regulären» Schulden gehe, die Reparationszahlungen an Kuwait seien davon nicht betroffen. Obwohl diese Unterscheidung sogar im Pentagon auf Kritik stiess, kam Baker damit durch: In den ersten 18 Monaten der Besatzung bezahlte der Irak Reparationen in Höhe von 1.8 Milliarden US-Dollar an das Konsortium (Klein 2004).

Nicht nur im Irak, auch in Kolumbien, Saudiarabien und Georgien schützen US-amerikanische Soldaten Pipelines und Raffinerien. Der amerikanische Professor Michael Klare spricht von einem stetigen Wandel des US-Militärs hin zu einer globalen „Öl-Schutzmacht". Und auch die anderen Grossmächte bleiben nicht untätig: China ist vor allem in Zentral- und Westafrika aktiv; Russland ringt mit den USA um Einfluss rund um das Kaspische Meer. In der EU steht neben der Rohstoffsicherung die Migrationsabwehr im Fokus der Militärstrategen. Die europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Aussengrenzen (Frontex) wird massiv aufgerüstet, und der deutsche Verteidigungsminister Franz Joseph Jung begründete den Einsatz von deutschen Soldaten im Kongo wie folgt: „Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen – möglicherweise noch dramatischer als beim Bosnienkrieg!" Auf die Frage, ob es auch um wirtschaftliche Interessen gehe, antwortete er: „Die stehen hier nicht im Vordergrund. Aber Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft." (Zit. n. Pflüger 2005)

Staaten, die aus dem Verkauf von Ressourcen grosse Einnahmen erzielen, gehören heute zu den Armenhäusern der Welt. Der Rohstoffreichtum kommt der Bevölkerung oft nicht nur nicht zugute, er heizt Bürgerkriege an und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung (Collier 2003). Während einfach abzubauende Ressourcen wie Diamanten oft direkt durch die Kriegsparteien ausgebeutet werden, funktioniert die Kriegsfinanzierung bei Ölvorkommen über den Verkauf von Förderrechten an transnationale Konzerne (Klare 2001). Besonders perfid sind die sogenannten „Booty Futures" – Förderrechte, die von einer bewaffneten Gruppe verkauft werden, noch ehe sie überhaupt die Kontrolle über die entsprechenden Rohstoffvorkommen gewonnen hat. So leistete der französische Öl-Konzern Elf-Acquitaine (heute TotalFinaElf) vor Ausbruch des Bürgerkriegs in Kongo-Brazzaville Zahlungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar an den Ex-Präsidenten Sassou. Im Gegenzug versprach Sassou der Firma Förderrechte, falls er wieder an die Macht gelangen würde – durch einen Krieg, den Elf-Acquitaine wesentlich mitfinanzierte (Ross 2002).

Der militärisch-industrielle Komplex in der Schweiz

Auch die Schweiz, die sich in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik immer wieder als humanitäre und neutrale Kraft präsentiert, ist auf vielfältige Weise in das Geschäft mit dem Krieg involviert. Sie dient sich den an Rohstoffkriegen beteiligten Akteuren einerseits als Finanz- und Handelsplatz an; aufgrund steuerlicher Privilegien für Holdings ist der Kanton Zug zur führenden Drehscheibe im globalen Rohstoffhandel geworden. Andererseits liefert sie Waffen an die kriegführenden Staaten.

Im Jahr 2006 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 396,7 Millionen Franken – rund ein Drittel mehr als im Vorjahr. Über die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr existiert keine genaue Statistik, doch die Grössenordnung lässt sich wie folgt abschätzen: Laut dem Branchenverband Swissmem wurden 2006 in der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie mit total knapp 320'000 Beschäftigten 86 Milliarden Franken umgesetzt. Die Kriegsmaterial-Ausfuhren machen 0,46 Prozent des Umsatzes aus; proportional ergibt sich eine Zahl von rund 1'500 Vollzeitstellen, die direkt von der Waffenausfuhr abhängen. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze in Wirtschaftsbranchen, die zur „Wertschöpfung" der Rüstungsindustrie massgeblich beitragen (Informatik, Telekommunikation, Logistik usw.).

85 Prozent der Schweizer Waffenausfuhren gingen 2006 an Staaten, die sich am „Krieg gegen Terror" im Irak und in Afghanistan beteiligen. Besonders die Kreuzlinger Mowag-Werke haben ihre Rüstungsgüterproduktion auf die Erfordernisse des asymmetrischen Kriegs ausgerichtet. Sie stellen Radschützenpanzer her, die sich für die Aufstandsbekämpfung eignen. Zuletzt wurde der Export solcher „Piranhas" nach Rumänien bewilligt. Sie werden – mit Waffensystemen der israelischen Elbit ausgestattet – im „Krieg gegen Terror" zum Einsatz kommen. Der Bundesrat erklärte die Ausfuhr für unbedenklich, da im Irak und in Afghanistan keine Kriege, sondern „Operationen zur Wiederherstellung und Stabilisierung geordneter staatlicher und gesellschaftlicher Verhältnisse" im Gang seien (Antwort des Bundesrates vom 17.10. 2007 auf eine dringliche Anfrage von NR Josef Lang). Einen Monat später zog der Bundesrat die Schweizer Stabsoffiziere aus Afghanistan zurück mit der Begründung: Die friedenserhaltende Unterstützungsoperation habe sich im südlichen Teil Afghanistans schrittweise in eine Operation zur Bekämpfung der Aufständischen verwandelt (Medienmitteilung des VBS vom 21.11. 2007).

Wichtigster Player in der Schweizer Rüstungsindustrie ist die Ruag, eine Aktiengesellschaft, die sich zu hundert Prozent im Besitz des Bundes befindet und auf Rang 73 der weltweit grössten Rüstungskonzerne liegt. Sie ist am europäischen „Neuron"-Projekt zur Entwicklung von Kampfdrohnen beteiligt und liefert Handgranaten für die britischen Truppen im Irak. Dank der staatlichen Waffenschmiede liegt die Schweiz zudem auf

dem unrühmlichen zweiten Platz der Exporteure von Kleinwaffen-Munition. Mit weltweit rund 1'000 Todesopfern pro Tag sind kleinkalibrige Schusswaffen die eigentlichen Massenvernichtungswaffen unserer Zeit (Anders 2006).

Zu den vom *Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco)* ausgewiesenen Kriegsmaterial-Ausfuhren kommen Exporte von „besonderen militärischen Gütern" in unbekannter Höhe hinzu. Diese international einmalige Kategorie wurde im Güterkontrollgesetz eingeführt, um die Pilatus-Werke in Stans von der ohnehin laschen Regulierung bei der Ausfuhr von Kriegsmaterial auszunehmen. Pilatus stellt „militärische Trainingsflugzeuge" her, die allerdings immer wieder mit Waffen ausgestattet und gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, z.B. von Saddam Hussein bei den Giftgasangriffen gegen die KurdInnen oder von der mexikanischen Regierung bei der Bekämpfung des Aufstandes der Zapatisten in Chiapas (Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte 2006). Zuletzt wurde ein Flugzeug des Typs PC-9 ins Bürgerkriegsland Tschad geliefert – zu Trainingszwecken, betonte der Bundesrat. Nur: Die tschadische Armee verfügt über keine anderen Kampfflugzeuge, für die sie überdies Piloten ausbilden müsste.

Die internationale Entwicklung hin zur Konzentration in der Rüstungsindustrie – die 5 grössten Konzerne (Boeing, Northrop Grumman, Lockheed Martin, BAE Systems und Raytheon) haben ihren Marktanteil seit 1990 fast verdoppelt – hat auch vor der Schweiz nicht haltgemacht. Die Ruag mit Sitz in Thun hat verschiedene kleinere Firmen aufgekauft, die Mowag ist heute im Besitz der sechstgrössten Rüstungsfirma der Welt, General Dynamics, und die auf Flugabwehrsysteme spezialisierte Oerlikon Contraves, die zuletzt mit Ausfuhren nach Pakistan in der Kritik stand, gehört zur deutschen Rheinmetallgruppe. Angesichts dieser neuen Besitzverhältnisse und der zunehmenden Aufteilung der Produktion auf eine Vielzahl von Standorten kann von einer „nationalen" Rüstungsindustrie längst keine Rede mehr sein.

Das Geschäft mit dem Krieg ist globalisiert – was die Entscheidungsträger der nationalen Militär- und Rüstungspolitik allerdings nicht davon abhält, die Nähe zu „ihrer" Rüstungsindustrie zu suchen. So wird der Bund mit der Militärgesetzrevision 09 die Kompetenz erhalten, die Schweizer Rüstungsindustrie auf dem internationalen Parkett zu fördern. Auch die Anpassung der Schweizer Waffensysteme an NATO-Standards ist als eine Form der Exportförderung zu bewerten: So wird es der Schweizer Rüstungsindustrie ermöglicht einerseits Produkte, welche für die hiesige Armee entwickelt wurden, ins Ausland zu exportieren. Anderseits dient die „Interoperabilität" der Vereinfachung von Auslandeinsätzen im Verbund mit „Partner-Ländern".

Rüstungslobby und Armeespitze sind in der Schweiz eng vernetzt, unter anderem in gemeinsamen Vereinen wie der „Schweizerischen Gesellschaft Technik und Armee" (STA), die „einen aktiven Beitrag zur Vertiefung des

gegenseitigen Verständnisses" von Militär und Rüstungsindustrie leisten will. Dieser Klüngel von Militärs, Rüstungsindustriellen und Politikern erinnert an den Fall in Österreich, wo es beim Kauf des Eurofighter zu massiver Korruption kam, was der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses Peter Pilz darauf zurückführte, dass der militärisch-industrielle Komplex einer „grossen Familie" gleiche (Spiegel online vom 20.4. 2007).

In der Schweiz kämpft u.a. CVP-Ständerat Bruno Frick von der Lobbyorganisation asuw (Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik) an vorderster Front für die Interessen der Rüstungsindustrie. So warnte Frick „vor verheerenden Folgen für die Schweizer Rüstungsindustrie" in Anbetracht des Vorschlags des Aussendepartaments (EDA), die Ausfuhr von Kriegsmaterial an Länder mit „systematischen" oder „schwer wiegenden" Menschenrechtsverletzungen zu unterlassen (SonntagsZeitung vom 30.9.2007).

Antimilitarismus und friedenspolitische Projekte

Wenn auch vor Beginn des Irak-Krieges Millionen Menschen auf die Strasse gingen, mündete die Mobilisierung der weltweit grössten Friedensbewegung der Geschichte bald in ein Gefühl der Ohmacht und Resignation. Selbst in Grossbritannien, wo eine klare Mehrheit der Bevölkerung gegen Blairs Kriegstreiberei war, konnte die Beteiligung an der völkerrechtswidrigen US-Invasion im Irak nicht verhindert werden. Und Länder wie die Schweiz, welche diesen Krieg vorsichtig verurteilten (vgl. Rede des Bundespräsidenten Pascal Couchepin vor der Bundesversammlung vom 20.3. 2003), waren nicht bereit, ihre indirekte Beteiligung durch Rüstungsaufträge und -lieferungen zu beenden. So bewilligte der Bundesrat der „neutralen" Eidgenossenschaft beispielsweise weiterhin die Ausfuhr von Bauteilen für US-Kampfjets des Typs FA-18 (Ferraro / Poletti 2003).

Um diese indirekte Kriegsbeteiligung der Schweiz in Zukunft verhindern zu können, lancierte ein breites Bündnis rund um die *Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)* die Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten, welche im Herbst 2007 mit 109'000 Unterschriften eingereicht wurde. Das Volksbegehren, das in zwei bis drei Jahren zur Abstimmung kommen wird, verlangt einen vollständigen Stopp des kriegstreibenden Rüstungsgeschäfts. Weiter fordert die Initiative, dass der Bund die Bestrebungen für die Rüstungskonversion (Umstellung auf zivile Produktion) unterstützt. Hier gilt es nicht zuletzt, die gewerkschaftliche Forderung nach einer Mitbestimmung in produktionspolitischen Entscheidungsprozessen wieder aufzugreifen.

Neben konkreten Projekten gegen Aufrüstung und Waffenexporte und der Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern ist es Ziel der antimilitaristischen Kräfte in der Schweiz, die internationale Vernetzung zu nutzen und die thematischen Verknüpfungen der Friedenspolitik mit verwandten Politikfeldern herzustellen. Der Einsatz der globalisierungskritischen

Bewegung für eine gerechtere weltweite Reichtumsverteilung ist gleichzeitig Friedenspolitik, bleibt Armut doch das grösste Bürgerkriegsrisiko. Statt Flüchtlinge mit militärischen Mitteln zu bekämpfen (vgl. Marischka/ Pflüger 2006), muss das Notwendige gegen die Ursachen unternommen werden, die Menschen in ihren Ländern zur Flucht zwingen. Die Diskussionen um die Klimaerwärmung müssen Bewusstsein schaffen, um darzulegen, dass regenerative Energieformen Rohstoffkriege verhindern können.

Und schliesslich muss immer wieder deutlich gemacht werden, dass die militärische „Konfliktlösung" nicht nur unermessliches menschliches Leid unter der Zivilbevölkerung zur Folge hat, sondern auch einer ungeheuren Verschleuderung von Geldern gleichkommt, die in anderen Krisenbereichen dringend gebraucht werden könnten. Nach Schätzungen der UNO wären kurzfristig 70 Milliarden Dollar pro Jahr an zusätzlichen Mitteln nötig, um für die Erreichung der Milleniumsziele zur Halbierung der Weltarmut bis 2015 auf Kurs zu kommen. Das entspricht rund 6 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Literatur

Anders, Holger, 2006: Ammunition: The Fuel of Conflict. In: Oxfam Briefing Note, 15.6.

Bock-Leitert, Karin / Roithner, Thomas (Hrsg.), 2007: Der Preis des Krieges. Frankfurt/M.

Bündnis gegen Kriegsmaterial-Exporte, 2006: Waffen hinterlassen Spuren. Stopp Kriegsmaterial-Export aus der Schweiz! Fakten und Argumente zur Initiative. Zürich

Collier, Paul et al, 2003: Breaking the conflict trap: Civil war and development policy. Oxford

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, 2000: Kosten der Landesverteidigung. Bern

Ferraro, Leo/Poletti, Mario, 2003: Ruag unter Druck. In: Facts 14/2003. Zürich

Hantke, Martin/Pflüger, Tobias, 2007: EU: Aufrüstung und Militarisierung. In: IMI-Analyse 2007/031. Tübingen

Henken, Lühr, 2007: Deutsche Rüstungsausgaben 2007-2010: Steigerung mit Ansage. In: IMI-Analyse 2007/001. Tübingen

Hennes, Michael, 2003: Der neue Militärisch-Industrielle Komplex in den USA. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 46)

Kaldor, Mary,1999: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Stanford

Klare, Michael T., 2004: Blood and Oil: The Dangers and Consequences of America's Growing Dependency on Imported Petroleum. New York

Klare, Michael T., 2001: Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict. New York

Klein, Naomi, 2004: James Baker's Double Life. In: The Nation, 1. November 2004

Marischka, Christoph/Pflüger, Tobias, 2006: Das militarisierte Grenzregime der EU. In: Widerspruch 51. Zürich

Pflüger, Tobias, 2005: Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung. IMI-Analyse April, Tübingen

Poletti, Mario, 1993: Der Pilatus-Schwindel. Bern

Ross, Michael L., 2002: Booty Futures, Africa's Civil Wars and the Futures Market for Natural Resources. Paper presented at the annual meeting of the American Political Science Association. Boston

SIPRI Yearbook, 2007: Armaments, Disarmament and International Security. Oxford

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, 2007: Ausfuhr von Kriegsmaterial im Jahr 2006. Bern

Swissmem, 2007: Panorma 2007. Zahlen und Fakten der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie. Zürich

UNICEF, 1999: Children in Armed Conflict. Unicef Working Paper EPP-99-00. New York

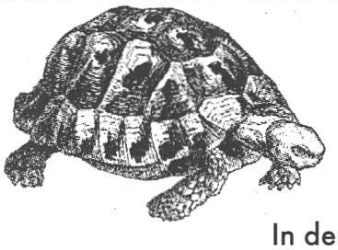
United Nations Development Programme, 2005: The Overview Report: A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York

Von Sponeck, Hans/Zumach, Andreas, 2003: Irak – Chronik eines gewollten Krieges: Wie die Weltöffentlichkeit manipuliert und das Völkerrecht gebrochen wird. Köln

Zumach, Andreas, 2005: Die kommenden Kriege: Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn - Präventivkrieg als Dauerzustand? Köln

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

In der aktuellen Ausgabe (10-11/07) u.a.:

- Gaby Gottwald: »Renten-Hasardeure«, Politik der Privatisierung der Altersvorsorge
- Tom Adler: »Falsche Gegensätze«, zur Geschichte der politischen Streiks nach 1945
- Harold Henke: »Händel im Handel«, steigende Streikwut bei Einzelhandelsbeschäftigten
- »Gewerkschaften, die kämpfen«, Kritik im Vorfeld des IGM-Gewerkschaftstages
- Dirk Vogelskamp: »Böcke zu Gärtnern«, emanzipierte Bürgerschaft gegen NPD-Verbots-Politik
- Heinrich Becker: »Bildung geht stiften«, über die andauernde Hochschulprivatisierung
- Anton Kobel: »Danke, André Gorz!«
- Frederik Haber: »ERA, Preis, Profit«, zum Entgeltrahmenabkommen in der Metallindustrie

○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)